

3 **Verwaltungsrat von Radio L in der Kritik**
Anwalt bemängelt Vorgehen im internen Mobbing-Verfahren.

7 **Neuer McDonald's in Vaduz eröffnet**
Mehr Platz, neue Technologie und ein McCafé für die Besucher.

15 **Galina-Herren starten Rückrunde**
Hinrunde verlief nicht optimal
Trainer Pascal Wolf: «Die 1. Liga ist sehr fordernd»

ANZEIGE



Volksblatt



Samstag, 10. Dezember 2022
146. Jahrgang Nr. 235

Die Tageszeitung  für Liechtenstein

Heute

Der Grösste der Region 27. Vaduzer Weihnachtsmarkt

Heute und morgen ab 11 Uhr findet auf dem Peter-Kaiser-Platz und im «Städtle» der stimmungsvolle 27. Vaduzer Weihnachtsmarkt statt. Hübsch dekorierte Weihnachtsstände, funkelnde Lichter und weihnachtliche Musik sorgen für eine festliche Stimmung vor Ort. Rund 80 Aussteller bieten regionale Erzeugnisse und handgefertigte Einzelstücke an.

Inland Heute ist der Tag der Menschenrechte. Anja Klug, UNHCR-Vertreterin für die Schweiz und Liechtenstein, erklärt im Interview, was es für einen guten Flüchtlingsschutz benötigt. **Seite 5**

Ausland Der Bundesrat hat einen Entwurf seines Berichts zur «Lagebeurteilung Beziehungen Schweiz-EU» präsentiert. Darin kommt er zum Schluss, dass der bilaterale Weg für die Schweiz weiterhin die vorteilhafteste Lösung ist. **Seite 12**

Wirtschaft Während die Spielzeugpreise vor Weihnachten aufgrund der Inflation in die Höhe geklettert sind, bleiben die Preise bei den inländischen Christbäumen hingegen stabil. **Seite 13**

Sport Die Spannung steigt. An der «LLB Nacht des Sports» werden morgen im SAL in Schaan die Liechtensteiner «Sport Awards 2022» vergeben. Neben der Sportlerin, dem Sportler und dem Team des Jahres werden auch noch der Newcomer und Coach des Jahres ausgezeichnet. **Seite 18**

Panorama Britische Zeitungen und ein Parlamentarier haben mit Unverständnis auf die am Donnerstag angelieferte Netflix-Skandal-Dokumentation über Prinz Harry und seine Frau Meghan reagiert. **Seite 24**

Wetter Heute bleibt der Himmel meist grau, dazu schneit es wiederholt. **Seite 21** 0° 1°

Inhalt

Inland	2-11	Kultur	19+20
Ausland	12	Kino/Wetter	21
Wirtschaft	13	TV	22+23
Sport	15-18	Panorama	24

Fr. 2.50 www.volksblatt.li



EWR-Abstimmung Dem Beitritt ging eine Krise voraus

Als sich das liechtensteinische Stimmvolk am 11. und 13. Dezember 1992, also vor 30 Jahren, für den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum aussprach, erinnerte nichts mehr daran, dass das Land rund eineinhalb Monate zuvor beinahe in einer innenpolitischen Krise versank. Das Foto zeigt die Kundgebung am 28. Oktober, dem Höhepunkt der Staatskrise.

(Foto: LI LA SgAV 05/0277/008, Klaus Schädler, Triesenberg)

Seite 9

Eine Million geknackt - Vorverkauf beschert Bergbahnen neuen Rekord

Erfeulich Die Bergbahnen Malbun AG blickt trotz Herausforderungen mit Zuversicht in die bevorstehende Wintersaison. Der Vorverkauf der Saisonkarten brachte ein Rekordergebnis und dieses Wochenende wird mit dem Skibetrieb gestartet.

VON SILVIA BÖHLER

Während die Nachfrage nach Aktien der Bergbahnen Malbun AG scheinbar verhalten ist - um weiteren Investoren die Möglichkeit zu geben, an der Kapitalerhöhung teilzunehmen, wurde die Zeichnungsfrist bis zum 20. Dezember verlängert, - sorgt die Nachfrage nach Saisonkarten im Vorverkauf für grosse Freude.

Bis zum 8. Dezember konnten die Karten zum unveränderten Preis erworben werden - und die Lust aufs Skifahren scheint ungebrochen. «Trotz des zögerlichen Winterwetters ist der Vorverkauf im November gut gestartet und in den vergangenen Tagen gab es einen regelrechten Ansturm, der uns ein neues Rekordergebnis in Bezug auf den Verkauf von Saisonkarten beschert», freut

sich Geschäftsführer Robert Büchel. Erstmals konnte im Vorverkauf die Marke von einer Million Franken erreicht werden. «Der finale Bruttoumsatz von über 1 050 000 Franken ist ein Wert, der nochmals deutlich über dem Rekordumsatz 21/22 liegt», so Büchel. Der hohe Zuspruch verdeutliche einmal mehr das Bedürfnis der Menschen, sich sportlich in der Natur zu bewegen und sei ein

klares Bekenntnis zum Wintersportgebiet Malbun. Schon an diesem Wochenende können die ersten Schwünge gezogen werden. Der Schlepplift Schneeflucht wird am Samstag und Sonntag in Betrieb sein, der Sessellift Sareis kann von Schneewandern und Schlittlern benutzt werden. Ebenfalls geöffnet sind die Gastronomiebetriebe Schneeflucht, Tälibar und Berggasthaus Sareis.

23,6 Prozent Liechtenstein hat bereits viel Erdgas eingespart

VADUZ Bis Ende November wurde in Liechtenstein gemäss Regierungsangaben knapp ein Viertel weniger Erdgas verbraucht als in den letzten fünf Jahren - eine deutliche Einsparung, die einem Verbrauch von etwa zwei Winterwochen entspricht. Wie die Regierung gestern mitteilte, unterstütze sie das freiwillige Erdgasparziel der EU um die Versorgungssicherheit zu stärken. Demnach soll im Zeitraum vom 1. August 2022 bis zum 31. März 2023 der Gasverbrauch um mindestens 15 Prozent gegenüber dem durchschnittlichen Gasverbrauch der fünf vergangenen Jahre gesenkt werden. Entsprechend sei «Liechtenstein Wärme» damit beauftragt worden, den effektiven Verbrauch in dieser Periode festzustellen. Man liegt gut im Rennen: «Per Ende November 2022 beläuft sich die Einsparung gegenüber dem

Referenzverbrauch auf 23,6 Prozent (Vormonat 23,4 Prozent)», heisst es. «Damit konnte Erdgas im Umfang von 19,3 Mio. kWh eingespart werden, was dem Verbrauch von rund 14 Tagen im Winter entspricht.» Neben der Einsparung aufgrund der sehr milden Witterung im Oktober erklärt die Regierung die Einsparung auf weniger Verbrauch bei Haushalten und Unternehmen, dem Ersatz von erdgasbetriebenen Heizungen durch Fernwärme oder Wärmepumpen sowie die Umstellung von Zweistoffanlagen von Erdgas auf Öl. Ebenfalls würden die LLV und die Gemeinden durch die Absenkung der Raumtemperatur auf 19 Grad Heizenergie einsparen. Je nach Verlauf des Heizwärmebedarfs aufgrund der Witterung sei zu erwarten, dass sich die prozentuale Einsparung noch reduziert. (red/ikr)

Für die Ukraine USA stellen weitere Militärhilfe bereit

WASHINGTON Die US-Regierung stellt der Ukraine zur Abwehr des russischen Angriffskriegs weitere Militärhilfen im Wert von 275 Millionen US-Dollar zur Verfügung. In dem Paket enthalten seien US-Mehrfachraketenwerfer vom Typ Himars, Ausrüstung zur Bekämpfung von Drohnen, medizinische Ausrüstung und Generatoren, kündigte das Pentagon am Freitag an. Die Unterstützung komme aus US-Beständen. Die militärische Unterstützung für Kiew aus den USA belaufe sich damit auf insgesamt 20 Milliarden Dollar seit Beginn der Amtszeit von US-Präsident Joe Biden Anfang 2021, so das Pentagon. In den vergangenen Monaten hatten die Amerikaner in rasanter Abfolge diverse Pakete auf den Weg gebracht, oft aus den Beständen des US-Militärs. (sda/dpa)

Fussball-WM Topfavorit Brasilien scheitert an Kroatien

DOHAR Brasilien, der grosse Favorit auf den WM-Titel, musste sich im Viertelfinale Aussenseiter Kroatien mit 2:4 im Penaltyschiessen geschlagen geben. **Seiten 16 und 17**

ANZEIGE



Sub of the day
CHF 6.50

Jeden Tag ein spezielles, frisch vor deinen Augen zubereitetes Sandwich.

Subway® ist eine eingetragene Marke von Subway IP Inc. ©2017 Subway IP Inc.

Schwerpunkt 30 Jahre EWR-Abstimmung

Der Sprung aus dem
«Rucksack der Schweiz»
hatte seinen Preis

Spannungen Krisensitzungen, brennende Banner und Pfiffe gegen den Fürsten: Die Diskussion über einen EWR-Beitritt stürzten Liechtenstein vor 30 Jahren in eine der grössten innenpolitischen Krisen seiner Geschichte, die sogenannte Staatskrise. Ein Blick zurück auf die Ereignisse des Jahres 1992.

VON MICHAEL WANGER

Liechtensteins Mitgliedschaft im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) gewährt dem Land Zugang zum europäischen Handel, Bildungswesen und freien Personenverkehr. Schon bei der Volksabstimmung vom 11. und 13. Dezember 1992 erkannte die Bevölkerung das Potenzial hinter einer Mitgliedschaft. Nicht umsonst sprachen sich damals 55,8 Prozent aller Stimmbürgerinnen und -bürger für den Beitritt aus. Doch der Weg bis dahin war bestenfalls steinig: Die Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Landesfürsten und der Regierung hatten Ende Oktober 1992 zur sogenannten Staatskrise geführt, bei der ersterer damit drohte, den Landtag aufzulösen und die Regierung zu entlassen. Dabei waren sich die beiden Streitparteien im Grunde genommen einig - Liechtenstein würde vom EWR-Beitritt profitieren. Was führte also zu diesen Spannungen?

Bereits als Erbprinz machte Hans-Adam II. unmissverständlich klar, in welche Richtung er Liechtensteins Aussenpolitik lenken will. Bekanntestes Beispiel dürfte wohl seine sogenannte «Rucksack-Rede» vom 12. September 1970 gewesen sein, in der er eine von der Schweiz unabhängige Politik verlang-

Hans-Adam II. 1992.
(Foto: «VB»-Archiv)

te. Dementsprechend liegt es auf der Hand, dass er sich über zwei Jahrzehnte später für einen EWR-Beitritt stark machte. Auch die Regierung stand diesem Vorhaben wohlwollend gegenüber, unterzeichnete Regierungschef Hans Brunhart am 2. Mai 1992 doch das entsprechende Abkommen in Porto. Im Gegensatz zum Fürsten bevorzugte es die Regierung aber nach wie vor, wenn möglich im Gleichschritt mit der Schweiz zu gehen. Womit sie aber nicht rechnete, war, dass die Eidgenossen plötzlich mit einem EU-Beitritt liebäugelten.

Aus Sicht von Fürst Hans-Adam II. war dies ein klarer Indikator dafür, dass Liechtenstein nun seinen eigenen Weg gehen muss. Würde die Schweiz nämlich der EU beitreten, wäre eine gemeinsame Aussenpolitik in Europa-Fragen nicht mehr gewährleistet. Die Regierung nahm dies aber gelassen. Noch im Juli 1992 stellte sie in Aussicht, dass die Volksabstimmung im Land erst nach derjenigen in der Schweiz stattfinden wird. Von hier an nahm die Staatskrise ihren Lauf.

Streitpunkt Abstimmungstermin

Diese Entscheidung missfiel dem Landesfürsten. Er befürchtete, dass sich die Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner von einem allfälligen Nein in der Schweiz beeinflussen lassen könnten. Der Landtag stellte sich jedoch auf die Seite der Regierung und sprach sich am 21. Oktober mehrheitlich für einen Abstimmungstermin nach dem der Schweiz, also den 11. und 13. Dezember 1992, aus. Hans-Adam II. reagierte wenige Tage mit unterschiedlicher Härte auf diesen Beschluss: «Seine Durchlaucht der Landesfürst hat der Regierung am 27. Oktober 1992 das Ultimatum gestellt, entweder seinen Wunsch nach Anberaumung einer Volksabstimmung über das EWR-Abkommen vor der Schweiz

zu akzeptieren oder zurückzutreten oder in Kauf zu nehmen, dass er den Landtag auflöse und die Regierung entlasse, da es sich hierbei um einen Akt der Aussenpolitik handle, für die er hauptsächlich verantwortlich sei.»

Der Landtag wiederum reagierte mit einer Krisensitzung auf dieser Drohung. Diese war für den Abend des 28. Oktobers angesetzt. Vor dieser Sitzung traf sich das neu gegründete «Überparteiliche Komitee für Monarchie und Demokratie» - geleitet vom ehemaligen Regierungschef Gerard Batliner - zu Gesprächen mit dem Landesfürsten. Gleichzeitig rief das Komitee zur Demonstration vor dem Regierungsgebäude auf. Dieser Appell zeigte Wirkung: Rund 2000 Bürgerinnen und Bürger marschierten auf, um dem Landtag symbolisch den Rücken zu stärken. Die Demonstranten trugen Schilder mit Aufschriften wie «Wir wollen unsere Regierung, aber keinen Diktator, der das Volk nicht braucht» oder «Für Fürst und EWR» - Letzteres ging während der Kundgebung in Flammen auf. Unübliche Szenen für das sonst so ruhige Fürstentum. Noch ungewöhnlicher waren die Pfiffe gegen den Landesfürsten, als dieser in Begleitung von mehreren Polizisten das Regierungsgebäude betrat.

Letzten Endes wurden sich Fürst, Landtag und Regierung aber einig. Das Überparteiliche Komitee hatte mit seinen Gesprächen auf Schloss Vaduz den Weg hierfür geebnet. Der Kompromiss beinhaltete vier Punkte: «1. Die Volksabstimmung über den Beitritt zum EWRA findet am 11. und 13. Dezember 1992 statt; 2. Die Beteiligten stimmen überein, dass ein Beitritt zum EWRA selbständige Bedeutung für Liechtenstein hat, unabhängig von der Haltung der Schweiz, und sprechen sich, der Landtag mehrheitlich, für ein Ja zum EWRA aus; 3. Sollte das Volk den EWR-Beitritt ablehnen, wird zusammen mit der Schweiz die Beitrittsvariante geklärt, um nicht in die Isolation zu gelangen; 4. Seine Durchlaucht Fürst Hans-Adam II. von und zu Liechtenstein erklärt, dass mit der gemeinsamen Abgabe



Rund 2000 Demonstranten stärkten dem Landtag am 28. Oktober 1992 den Rücken. An der Kundgebung spielten sich für das Land bislang einmalige Szenen ab. (Foto: LI LA SgAV 05/0277/002 und SgAV 05/0277/010, Klaus Schädler, Triesenberg)

**Bevölkerung
schätzt den EWR**

Eine Umfrage des Liechtenstein-Instituts im Jahr 2020 ergab, dass rund drei Viertel aller Bürgerinnen und Bürger die EWR-Mitgliedschaft Liechtensteins

schätzen. Grund für diese Beliebtheit sind in erster Linie die Möglichkeit, im EWR reisen, arbeiten und studieren zu können. Auch der freie Güterverkehr und Dienstleistungsaustausch spiele für viele eine wichtige Rolle. Demnach sprachen sich 70 Prozent aller Befragten dafür aus, auch in Zukunft im EWR zu bleiben.

dieser Erklärung sein Vertrauen in den Landtag und Regierung wiederhergestellt ist.»

Von einem Streit zum nächsten

Tatsächlich trat die Befürchtung des Landesfürsten, dass das Abstimmungsergebnis aus der Schweiz das Liechtensteiner Stimmvolk beeinflussen könnte, nicht ein. Denn obwohl die Eidgenossenschaft den EWR-Beitritt am 6. Dezember 1992 ablehnte, sprach sich das Fürsten-

tum eine Woche später bekanntlich dafür aus.

Der Kompromiss zwischen Hans-Adam II., dem Landtag und der Regierung mag die innenpolitischen Wunden zwar geheilt haben, doch die Narben blieben. Die Staatskrise förderte zum ersten Mal den Missstand um das Machtgefüge zwischen Fürst und Volk zutage. Diese oftmals emotional geführte Diskussion mündete elf Jahre später in einer umfangreichen Verfassungsänderung.

ChronologieDer steinige Weg
zum EWR-Beitritt**2. Mai 1992**

Das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) wird am 2. Mai 1992 in Porto von den damals 12 EU-Staaten und 7 EFTA-Ländern unterzeichnet. Für Liechtenstein setzt Regierungschef Hans Brunhart die Unterschrift unter den Vertrag, der am 1. Januar 1994 in Kraft treten soll.

6. Mai 1992

Die Regierung erläutert an einer Pressekonferenz die Bedeutung des EWR-Beitritts für Liechtenstein. Ausserdem geht die Regierung davon aus, dass Liechtenstein nur dann dem EWR beitreten wird, wenn auch die Schweiz diesen Weg beschreitet. Die Volksabstimmung über den EWR-Beitritt soll deshalb nach der Abstimmung in der Schweiz stattfinden. In seiner Thronrede zur Eröffnung des Landtags am 11. März 1992 hatte Fürst Hans-Adam II. eine andere Auffassung vertreten: «Da der EWR-Vertrag für uns so wichtig ist, wäre es meiner Ansicht nach

ein Fehler, unsere Zustimmung von der Entscheidung der Schweiz abhängig zu machen. Es ist ohne Weiteres denkbar, dass das Schweizer Volk den EWR-Vertrag ablehnt.»

23. Mai 1992

Der Schweizer Bundesrat stellt in Brüssel ein Gesuch über den Beitritt der Schweiz zur Europäischen Gemeinschaft (EG). Aus Bern verlautet, dass bei einem EG-Beitritt der Schweiz die Notwendigkeit bestehe, die vertraglichen Verhältnisse zwischen der Schweiz und Liechtenstein zu klären.

3. Juni 1992

An einer Pressekonferenz erklärt Regierungschef Hans Brunhart, dass Liechtenstein ungeachtet des EG-Beitritts gesuchs der Schweiz am EWR-Beitritt festhalten werde. Einen EG-Beitritt Liechtensteins lehnt die Regierung ab. Das EWR-Abkommen ermögliche die Aufrechterhaltung der bisherigen Vertragsverhältnisse mit der Schweiz.

19. Juni 1992

Die Regierung stellt den EWR-Bericht vor, der an den Landtag zur Beschlussfassung weitergeleitet wird. Der EWR-Vertrag ist laut Regierungschef Hans Brunhart nicht

als Vorstufe für einen EG-Beitritt ausgelegt. Weil die Schweiz den EWR-Abstimmungstermin auf den 6. Dezember 1992 festgelegt hat, hat die Regierung beschlossen, dass Liechtenstein nachher darüber abstimmen wird.

26. Juni 1992

Die «VN» berichten nach einem Interview mit Fürst Hans-Adam II. über «Differenzen zwischen Fürst und Regierung». Der Fürst sagte der Zeitung, er habe über die Medien erfahren, dass die Regierung den EWR-Abstimmungstermin nach der Schweiz festgelegt habe.

8. Juli 1992

In einem Interview mit dem «Volksblatt» legt Fürst Hans-Adam II. dar, warum er für eine Abstimmung über den EWR-Beitritt vor der Schweiz ist. Die beste der Integrationsvarianten sei, sich klar für den EWR auszusprechen und darauf zu verzichten, zusammen mit der Schweiz an EG-Beitrittsverhandlungen teilnehmen zu wollen.

15. August 1992

In seiner Ansprache zum Staatsfeiertag spricht sich Fürst Hans-Adam II. klar für den EWR-Beitritt aus und möchte möglichst bald das Volk darüber abstimmen

lassen. Der Fürst gibt auch zu verstehen, dass er die Vorgangsweise der Regierung ablehnt, erst nach der Schweiz über den EWR-Beitritt abstimmen zu lassen.

16. September 1992

Der Landtag befasst sich in einer Grundsatzzdebatte mit dem EWR-Abkommen. Landtagspräsident Karlheinz Ritter gibt bekannt, dass über den Abstimmungstermin erst an der Oktober-Landtagssitzung abgestimmt werde.

21. Oktober 1992

Der Landtag erteilt mit Stimmenmehrheit dem EWR-Beitritt seine Zustimmung. Geschlossen spricht sich der Landtag dafür aus, wie von der Regierung beantragt, die Volksabstimmung erst nach der Abstimmung in der Schweiz durchzuführen.

27. Oktober 1992

Fürst Hans-Adam II. stellt der Regierung das Ultimatum, entweder seinen Wunsch nach Anberaumung der Volksabstimmung über das EWR-Abkommen vor der Schweiz zu akzeptieren oder zurückzutreten oder in Kauf zu nehmen, dass er den Landtag auflöse und die Regierung entlasse. Der Streit zwischen Fürst und Regierung wird als «Staatskrise» bezeichnet.

28. Oktober 1992

Vor dem Regierungsgebäude demonstrieren rund 2000 Personen und empfangen Fürst Hans-Adam II. mit einem Pfeifkonzert. Die Staatskrise wird mit einem Kompromiss beigelegt: Fürst und Regierung einigen sich auf ein Datum für die Volksabstimmung eine Woche nach der Schweiz, ferner sprechen sich Regierung und Landtag für einen EWR-Beitritt Liechtensteins aus, unabhängig vom Ausgang der Volksabstimmung in der Schweiz.

31. Oktober 1992

Fürst Hans-Adam II. zeigt sich in einem Gespräch mit dem «Volksblatt» enttäuscht darüber, dass gewisse Kreise nach der Beilegung der Staatskrise sogleich eine Verfassungsänderung zur Beschneidung der Rechte des Staatsoberhauptes gefordert hätten.

6. Dezember 1992

In der Schweiz lehnen die Stimmberechtigten den EWR-Beitritt ab.

13. Dezember 1992

Liechtenstein stimmt dem EWR-Beitritt zu: Bei einer Stimmbeteiligung von 87 Prozent sprechen sich 6722 für den Beitritt aus, 5322 stimmen dagegen.